

Die Brandherde des Systemkonflikts

Geopolitik. Sicherheitsexperte Walter Feichtinger blickt im KURIER-Gespräch auf die weltpolitischen Ereignisse des vergangenen Jahres zurück und setzt sich mit möglichen Szenarien 2022 auseinander

VON ARMIN ARBEITER

Neue Varianten des Coronavirus, Impfstoffbeschaffung, neue Lockdowns – diese Themen dominierten vergangenes Jahr die Schlagzeilen auf der ganzen Welt. Währenddessen überschlugen sich geopolitische Ereignisse, die die Zukunft der Geopolitik drastisch verändern werden. Walter Feichtinger, Präsident des „Center für Strategische Analysen“, fasste im KURIER-Gespräch sieben Punkte zusammen: „Gleich zu Beginn des Jahres kam mit dem Sturm auf das Kapitol ein großes Alarmsignal.“

„In der Vorzeigedemokratie der Welt ereignete sich ein Putschversuch. Man hat gesehen, wie stark die USA gespalten sind“, sagt der Brigadier in Ruhe.

Das führt Feichtinger zu seinem zweiten Punkt: „Der Gegensatz zwischen Demokratien und Autokratien kristallisiert sich immer stärker heraus“, sagt er. Autoritär regierte Länder wie Russland und China hätten die Vorkommnisse des 6. Jänner propagandistisch ausgeschlachtet. Feichtinger: „Die Nachricht lautet, ‚Nicht einmal ihr könnt demokratisch sein. Wie könnt ihr Probleme wie eine Pandemie bewältigen? Unser System ist wesentlich besser.‘“

Immer wieder betont der chinesische Präsident Xi Jinping, dass das chinesische System dem westlichen System weit überlegen sei. Doch auch – laut Feichtinger – „semitautokratische Staaten“ wie die Türkei würden durch die Vorkommnisse mit dem Finger auf die USA zeigen. „Man sieht, die Demokratien müssen zusammenstehen, weil sie einem Druck autoritärer Systeme ausgesetzt sind.“

Das zeige sich auch mit dem russischen Truppenaufmarsch an der Grenze zur Ukraine: „Manche rechnen damit, dass bis Ende Jänner 170.000 russische Soldaten an der Grenze stehen könnten. Wir haben hier eine



Die Situation in der Ukraine ist nur einer von sieben Punkten, die Walter Feichtinger Sorgen bereiten

neue Entwicklung, in der es um nichts anderes als die zukünftige Machtkonstellation in Europa geht“, ist Feichtinger überzeugt.

Die Forderungen des russischen Präsidenten Wladimir Putin, wonach sich die NATO de facto auf den Stand von 1997 zurückziehen müsse, seien nicht erfüllbar. „Die NATO hat etwa 2008 klar gesagt, dass Georgien und die Ukraine zwar Beitrittskandidaten seien, ein Beitritt aber in absehbarer Zeit keine Option sei. Das war ein stilles Entgegenkommen gegenüber Russland“, analysiert Feichtinger.

Wirkliche Eskalationen und Verhärtungen seien 2014 mit der Annexion der Krim gekommen. „Man will das Rad der Zeit zurückdrehen, indem man die militärische



Feichtinger leitet das „Center für Strategische Analysen“

Rute ins Fenster stellt. Und das sollte nicht die Politik von heute sein.“

Dass sich Vertreter der USA und Russland in den kommenden Tagen treffen, hält Feichtinger zumindest für ein positives Signal, eine große Friedenskonferenz, auf zwei Jahre anberaunt, sei dennoch wünschenswert: „Diese Zeit, in der auch die Kampfhandlungen eingestellt würden, bräuchte man, denn

Zeit ist eine vertrauensbildende Maßnahme. Je länger man einander trifft, umso besser kennt man das Gegenüber. Das hätte eine bessere Qualität als Gespräche von zwei Stunden.“

Schon etwas länger dauern derzeit die Atomgespräche mit dem Iran (JCPOA) an. Feichtinger hofft, dass man sich wieder auf das Abkommen von 2015 einigen kann und somit eine iranische Atombombe verhindert: „Schafft man das, ist das sehr viel. Die Angst vor einem atombewaffneten Iran in der Region ist sehr groß – und sollte das geschehen, würden auch Saudi-Arabien oder die Vereinigten Arabischen Emirate nachlegen. Und einen atombewaffneten Nahen Osten kann niemand wollen.“ Man müsse jedoch auch dem

Iran wirtschaftlich etwas bieten. Feichtinger: „Die Bevölkerung leidet enorm unter den massiven Sanktionen, die nach Aufkündigung des Vertrags durch die USA verschärft wurden.“

Sorge bereitet dem Analysten die Entwicklung im Indopazifik: „Mir wurde in China immer gesagt, Hongkong sei der Auftakt für Taiwan – und die Provokationen gegenüber Taiwan nehmen rasant zu.“

Gleichzeitig erfolgt in der Region eine Gegenbewegung mit den USA als Federführer: Bündnisse wie AUKUS (Australien, Großbritannien, USA) oder Quad (Indien, Australien, Japan und USA) seien de facto Militärallianzen gegen China – für Feichtinger eine rasante Dynamik, der sich auch die EU nicht entziehen

kann. Immer wieder schicken EU-Staaten Militärschiffe in die Region. Dies geschieht vor allem auf Druck der USA, die mit Russland und China derzeit an zwei Fronten gefordert sind. Gleichzeitig ist man in der EU auf ein gutes wirtschaftliches Verhältnis zu China bedacht. „Europa will die eigene Karte spielen, und da stellt sich die Frage, wie lange das auf Dauer gut gehen kann. Wenn China sagt, ‚Europa gefährdet uns‘, kann der wirtschaftliche Fokus rasch in den Hintergrund rücken“, gibt Feichtinger zu bedenken.

Derzeit in den Hintergrund gerückt ist der Abzug der USA aus Afghanistan: „Das war vor allem ein imagemäßiges Desaster. Der überhastete Abzug und der Verlust der militärstrategischen Basis scheint auf den ersten Blick fatal.“ So dramatisch stelle es sich nüchtern betrachtet jedoch nicht dar: „Man hat hier eine Bereinigung durchgeführt und kann sich nun ganz klar auf den Pazifik konzentrieren“, sagt Feichtinger.

Zu gewinnen gab es nach seiner Ansicht für die USA in Afghanistan ohnehin nichts mehr. Und sollten die Taliban sich als zu schwach erweisen, könnten die folgenden Unruhen vor allem China und Russland in den potenziellen Konflikt hineinziehen.

Potenzial für einen verheerenden Konflikt sieht Feichtinger in Bosnien-Herzegowina: „Ich will hier keine Horrorszenarien malen, aber das darf man nicht unterschätzen. Wenn es so weit kommt, dass sich die (serbische) Republika Srpska aus den gesamtstaatlichen Institutionen zurückzieht, dann ist das Friedensabkommen von Dayton gestorben. Es genügen Einzelereignisse für einen Flächenbrand am Balkan.“

Sollte es so weit kommen, hält es Feichtinger etwa für möglich, dass türkische Truppen, finanziert mit arabischen Geldern, zum Schutz der Bosnier ausrücken.

Versuchter Anschlag auf Regierungschef und Gefängnisausbruch: In Haiti regiert das Chaos

Zuvor war bereits im Sommer der Präsident ermordet worden

Port-au-Prince. Der neueste Beweis für die in Haiti vorherrschende Gewalt ist ein Bild, das Spuren von Schüssen auf der gepanzerten Windschutzscheibe eines dunklen Autos zeigt. Es ist der Dienstwagen des haitianischen Premierministers Ariel Henry, der das Foto selbst öffentlich machte.

Henry ist laut eigenen Angaben am Samstag, dem haitianischen Unabhängigkeitstag, bei Feierlichkeiten in der Stadt Gonaïves einem Attentat entgangen. Bewaffnete hätten das Feuer eröffnet, Regierungsvertreter hätten die Stadt überstürzt verlassen müssen. „Ich wusste, dass ich ein Risiko eingehen“,



Premier Ariel Henry entging laut eigenen Angaben Attentat

sagte Henry der Nachrichtenagentur AFP. Doch man könne nicht zulassen, dass „Banditen den Staat erpressen“.

Schon seit Jahren wird der Karibikstaat, der zu den ärmsten Ländern der Welt zählt, von Naturkatastrophen wie Hurrikänen und Erdbeben geplagt, doch spätestens seit dem vergangenen

Sommer hat das Chaos endgültig überhandgenommen: Am 7. Juli erschoss ein bewaffnetes Kommando den Präsidenten Jovenel Moïse in dessen Villa. Bis heute ist unklar, wer dahintersteckt.

In dem entstandenen Machtvakuum übernehmen kriminelle Banden zunehmend die Kontrolle. So gab die Polizei am Montag bekannt, dass bei einem versuchten Gefängnisausbruch in einem Vorort der Hauptstadt zehn Häftlinge und ein Polizist ums Leben kamen. Erst im Februar 2021 waren aus demselben Gefängnis mehr als 400 Insassen ausgebrochen, damals starben 26 Menschen. JOHANNES ARENDS

Überblick

WEITERE MELDUNGEN

Zweite Amtszeit für Steinmeier wohl fix

Berlin. Einer zweiten Amtszeit des deutschen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier steht nichts mehr im Weg. Nach seiner SPD und der FDP sprachen sich am Dienstag auch die Grünen für eine Wiederwahl Steinmeiers aus. „Frank-Walter Steinmeier ist ein sehr guter und hoch angesehener Bundespräsident“, heißt es von der Parteispitze. In Deutschland wird der Präsident nicht vom Volk, sondern von der Bundesversammlung gewählt, wo die drei Ampelparteien aktuell über eine Mehrheit verfügen. Sie können eine Wiederwahl Steinmeiers also durchsetzen.

Taliban köpfen Schaufenstertuppen

Kabul. In Afghanistan hat das regierende Taliban-Regime erneut strenge Vorschriften verhängt und Modegeschäfte aufgefordert, Schaufenstertuppen zu köpfen. Diese seien Götzenbilder und somit unislamisch, wie das neue Ministeriums zur Erhaltung der Tugend entschied. Der Chef der zuständigen Handelskammer in der Provinz Herat, Abdul Wadud Faissada, beklagte die neue Anweisung. Die Modelle seien keine Götzenbilder, sondern würden zum Präsentieren von Kleidung aufgestellt. „Das gibt es in allen islamischen Ländern in den Geschäften“, so Faissada.

Drohnenangriffe auf Anti-IS-Bündnis

Bagdad. Im Irak sind zwei bewaffnete Drohnen abgeschossen worden, die eine Luftwaffenbasis der von den USA geführten internationalen Anti-IS-Koalition angreifen sollten. Mit dem Iran verbündete Milizen haben seit dem Todestag Quassem Soleimani, der 2019 von US-Drohnen ermordet wurde, ihre Aktivitäten intensiviert. Es handelte sich um den zweiten Drohnenangriff dieser Art binnen 24 Stunden. Am Montag hatten US-Militärs zwei Drohnen abgeschossen, die gegen eine US-Einrichtung am Flughafen von Bagdad gerichtet waren.